



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 888 880

P/XV/13 + 16. Januar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Demokratische Vorbilder ? Fatsachen, die eine schlechte Atmosphäre schaffen	82
3	Regierung, Parlament und Interessentenverbände Von Karl Wittrock, 1963	33
4	Blühender Rauschgiftschmuggel im Nahen Osten UNO-Mission macht neue Vorschläge zu seiner Bekämpfung	47
5 - 8	Frau und Meinungsbildung Eine Arbeitstagung in Bergneustadt	62

* * * * *
* * *

Demokratische Vorbilder ?

Tatsachen, die eine schlechte Atmosphäre schaffen

sp - Voller Abscheu haben sich die Bundesregierung, die Landesregierungen, Parlamente, Parteien sowie zahllose andere Organisationen gegen die antisemitischen und neonazistischen Vorgänge der jüngsten Gegenwart ausgesprochen. Auf die Frage jedoch, wie so etwas heute nach 15 Jahren möglich ist, bei der zugegebenen kleinen und unbedeutenden Anzahl organisierter Mitglieder der Rechtsorganisationen, darauf eine richtige Antwort zu geben, ist nicht leicht. Es besteht in der Bundesrepublik eine Atmosphäre, die nicht dazu angetan ist, die Demokratie zu fördern. Zwei Beispiele seien angeführt, um zu verdeutlichen, was wir meinen.

"Bulletin" mit Schlagseite

Selbstverständlich kann keine Regierung auf eine Werbung für ihre Ideen und für ihre Politik, auch im Ausland, verzichten. Aber eine Regierung, so sollte man meinen, vertritt das ganze Volk. Wie sieht das in der Praxis aus?

Nehmen wir das englischsprachige "Bulletin" der Bundesregierung vom 12. Januar. Auf der ersten Seite erfolgt ein Abdruck der Rede Adenauers vor dem Berliner Senat. Selbstverständlich betrachtet es das "Bulletin" unter seiner Würde, etwa auch die Rede des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt zu bringen, weil er ein Sozialdemokrat ist. Die Pressestelle des Berliner Senats dagegen hat nicht nur die Reden der beiden Senatssprecher veröffentlicht, sondern selbstverständlicherweise auch die Rede des Bundeskanzlers.

Auf Seite 4 der Ausgabe zitiert das "Bulletin" Beispiele über Äußerungen und Stellungnahmen der Bundesregierung zu den jüngsten Ereignissen. Dabei wird als besonders positiv die Westberliner Demonstration junger Menschen hervorgehoben und im Wortlaut der Text des Telegramms abgedruckt, das Bundeskanzler Adenauer den Jugendorganisationen gesandt hat. Selbstverständlich wird mit keinem Wort erwähnt, daß der Führer der Opposition, Erich Ollenhauer, gleichermaßen ein Telegramm nach Berlin gesandt hat.

"Pressekommentare"

Auf Seite 5 schließlich wird unter der Überschrift "Pressekommentare" mitgeteilt, daß ohne Ausnahme alle Kommentatoren und Zeitungen die schamlosen Tätigkeiten der letzten Tage verurteilt haben. Nach der ausführlichen Wiedergabe eines Artikels des Chefredakteurs der "Allgemeinen Wochenzeitung der Juden" finden wir Auszüge aus folgenden Zeitungen: Aachener Volkszeitung (CDU-nahestehend), Ruhr-Nachrichten (CDU - nahestehend), Westdeutsche Allgemeine (unabhängig), Frankfurter Allgemeine (unabhängig), Der Tag (Berlin, unabhängig), Sonntagsblatt (protestantisch).

Man mag darüber streiten, inwieweit vom "Bulletin" als unabhängig aufgeführte Zeitungen wirklich dieser Bezeichnung entsprechen. Wie dem auch sei: der englische Leser des "Bulletin" muß den Eindruck erhalten, als ob lediglich der CDU nahestehende und als unabhängig bezeichnete Zeitungen sowie Regierungsorgane und ihre Sprecher die jüngsten Ereignisse verurteilt haben. Von der Haltung des übrigen Teils der Bevölkerung erfährt er kein Wort.

Hier wird der Versuch gemacht, sich dem Ausland gegenüber ein Alibi zu schaffen, anstatt die Gelegenheit zu benutzen und zu zeigen, daß eine breite demokratische Front in der Bundesrepublik gegen das Wiedererwachen des Faschismus besteht.

Diese Art von "demokratischer" Propaganda zeigt, daß die intellektuellen Urheber solcher Veröffentlichungen eigenartige Vorstellungen von demokratischen Formen haben. Natürlich ist diese Art Propaganda kein Sonderfall für ausländische Leser. Die demokratischen Vorbilder, die die Bundesregierung im Inneren gibt, sind weitaus bezeichnender. Dafür ein anderes Beispiel.

Am "richtigen" Hebel

Da gab es einen Staatsanwalt, der im Dritten Reich nach der Tschechoslowakei ging, um dort die Geschäfte des Kazi-Regimes zu besorgen. Er wurde dort Oberstaatsanwalt und von den Tschechen zum Tode verurteilt. Im Jahre 1953 ist er als Spätheimkehrer in die Bundesrepublik gekommen.

Wo finden wir diesen Mann wohl? Als Beamter zur Wiederverwendung wurde er zunächst in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes beschäftigt, sinnigerweise in einem Referat, das mit Fragen der Wiedergutmachung und der Wiedereinstellung der 131er zu tun hatte. Es konnte nicht ausbleiben, daß der Mann auffallen würde, allein schon wegen seiner schneidenden Arroganz und Geschäftigkeit. So kam er auch in die Schlußlinie eines Wiedergutmachungsberechtigten.

Da er sich der besonderen Gunst seines Duzfreundes Hopmann, des derzeitigen Personalchefs erfreut, beschloß man, ihn zu versetzen. Natürlich war damit eine Beförderung verbunden, denn jetzt ist er der

Organisationsreferent der Personalabteilung!

Dort werden alle Grundsatzfragen der Organisation wie der Personalpolitik entschieden. Der Oberstaatsanwalt sitzt also am "richtigen" Hebel und hofft, in nicht allzulanger Zeit Ministerialdirigent zu werden. Aus nadeliegenden Gründen ist er noch nicht im Ausland verwendet worden.

Sind das die demokratischen Vorbilder, die die Bundesregierung geschaffen hat?

Regierung, Parlament und Interessentenverbände

Von Karl Wittrock, MdB!

Bei der Verabschiedung des Lebensmittelgesetzes im Jahre 1958 hat der Bundestag in einer einstimmig angenommenen EntschlieÙung die Bundesregierung aufgefordert, bis zum 1. Januar 1960 dem Bundestag eine Zusammenfassung des zersplitterten und uneinheitlichen Lebensmittelstrafrechtes vorzulegen. Der Termin des 1. Januar 1960 ist verstrichen, ohne daÙ die Bundesregierung dem Auftrag des Bundestages entsprochen hat. Verächtliches Schweigen ist die alleinige Antwort der Regierung an das Parlament.

Eilbeflissener und geschäftiger ist die Bundesregierung, wenn nicht das Parlament, sondern ein Machtgebilde, dem sich die Regierung verpflichtet fühlt, Wünsche und Anregungen äußert. Der Jahresbericht 1958/1959 des Bundesverbandes der Deutschen Industrie erhält dies schlagartig. So wird in diesem Bericht darauf hingewiesen, daÙ der Bundesverband der Deutschen Industrie bereits einige Zeit vor der Verkündung des patentrechtlich bedeutsamen Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes vom 13. Juni 1959 angeregt hat, Vorbereitungen für bestimmte Maßnahmen auf dem Gebiet des Patentrechtes zu treffen. Und stolz wird weiter berichtet: " Die Vorarbeiten hat das Bundesjustizministerium in dem Maße vorangetrieben, daÙ es uns bereits ein wenig mehr als einen halben Monat nach ErlaÙ des Urteils vom 13.6.1959 den Entwurf für die beabsichtigten gesetzgeberischen Maßnahmen zur Stellungnahme zuleiten konnte."

Das ist wahrhaft eilbeflissen, - man kann es nicht anders bezeichnen. Es ist bemerkenswert, daÙ den Mitgliedern des Bundestages über den Inhalt des Gesetzentwurfes, der dem BDI bereits Anfang Juli 1959 zur Stellungnahme zugeleitet wurde, bis zum heutigen Tage nichts bekanntgeworden ist.

Bemerkenswert ist auch die Fixigkeit, in der die Bundesregierung der Macht der Interessenten Respekt zollt. Vergleicht man hiermit den Verzug der Bundesregierung bei der Ausführung von Bundestagsbeschlüssen, dann erkennt der nachdenkliche Beobachter, wem sich die Bundesregierung mehr verpflichtet fühlt: Dem Parlament oder den Interessenten.

Blühender Rauschgiftschmuggel im Nahen Osten

B.K. - Genf

Die Rauschgift Händler könnten sich wenigstens der Tatsache rühmen, sich von allen nationalistischen Vorurteilen gelöst zu haben. Gerade der überhitzte Nationalismus im Nahen Osten mit seinen Grenzkonflikten, Spannungen und dem verewigten Kriegszustand zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn schafft geradezu ideale Voraussetzungen für einen illegalen internationalen Handel, dem die Balgereien der Regierungen nur willkommen sein können.

Eine Sondermission, die vom UNO-Generalsekretär mit der Untersuchung der alarmierenden Zustände betraut wurde, hat soeben festgestellt, daß eine wirksamere Unterdrückung des Schmuggels und eine engere Zusammenarbeit der Regierungen dieses Gebietes dringend nötig sind.

Die wichtigste "Handelsroute" für Haschisch führt von Libanon über Syrien, Jordanien und Israel nach Ägypten. Das Opium, das aus der Türkei, dem Iran und aus Afghanistan stammt, folgt etwa denselben Transportwegen. Rohes Morphin gelangt dann nach Frankreich und Italien, wo es für den Export nach den USA raffiniert wird. Das alles vollzieht sich natürlich in tiefstem Dunkel, in welchem das Gangstertum ganz prächtig gedeiht. Die unklaren Verhältnisse in manchen Grenzgebieten der nahöstlichen Länder begünstigen den Schmuggel außerordentlich. Manche Stämme, die oft noch nomadisieren, haben ihren Lebensraum auf beiden Seiten der Staatsgrenzen. Da den Angehörigen dieser Stämme der freie und unkontrollierte Grenzübertritt gestattet ist, beschäftigen sich ganze Familien und Sippen seit Generationen mit dem Schmuggel, mit dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten. Bewaffnete Auseinandersetzungen mit staatlichen Organen sind an der Tagesordnung.

Der Erfindungsgebe der Schmuggler kann die Anerkennung nicht verweigert werden. Sie transportieren ihre Ware oft in den Mägen ihrer Kamele oder kleben sie auf die Haut der Tiere, wo sie zwischen dem dichten Haarwuchs kaum gefunden werden kann. Auch im Inneren der Benzintanks der Autos werden Verstecke angebracht, oder Angehörige von Schiffs- oder Flugzeugbesatzungen werden als Komplizen angeheuert. - Gewisse Stämme pflanzen Haschisch oder Mohr in völlig abgelegenen Gegenden, wo sie nur wieder erscheinen, um nachts schnell abzuernten.

Dieses Schließen und Tricks ist nur beizukommen, wenn sich die Länder zu einer engen Zusammenarbeit entschließen, um die staatliche Autorität in den Grenzgebieten zu stärken. Gegenwärtig wird zwischen der Türkei und dem Iran über ein Abkommen verhandelt, das die international koordinierte Unterbindung des Schmuggels erleichtern wird. "Das ist ein Beispiel, das andere Länder mit Vorteil befolgen sollten", mahnt die UNO-Mission. Sie macht auch darauf aufmerksam, daß der internationale Charakter der Banden strafrechtliche Vorkehrungen erfordert, die nicht von Staatsgrenzen eingeeengt werden. Darüber hinaus empfiehlt sie die Ausdehnung der technischen Hilfe für die Ausbildung von Spezialisten in der Unterdrückung des Schmuggels, für die Behandlung der Süchtigen und für die Ersetzung der Mohrpflanzungen durch andere Kulturen.

Frau und Meinungsbildung

S.M. - In der Heimvolkshochschule Bergneustadt der Friedrich-Ebert-Stiftung trafen sich Frauen aus dem politischen Leben und Journalistinnen zu einer Arbeitstagung, auf der die Grundlagen und Voraussetzungen des modernen Presse- und Nachrichtenwesens erörtert wurden. Die Gespräche und Diskussionen stützten sich auf drei Fachreferate. Fritz Säger, Mitglied des Deutschen Presserates, sprach über Aufbau, Funktion und Technik des Nachrichtenwesens, insbesondere der Presse-Agenturen. Mit äußerster Präzision definierte er die Begriffe "Nachricht" und "Kommentar", ihre Merkmale, ihre Unterscheidungsmerkmale - und die gefährliche Möglichkeit, beide zu vermischen.

Über die Pressedienste der Parteien sowie die Presse- und Informationsbüros von Bundesregierung und Landesregierungen referierte Günter Markscheffel, Chefredakteur des Pressedienstes der SPD. Eingehend beleuchtete er dabei auch die Problematik, der sich politische Gremien im Kontakt - oder mangelnder Kontakt - mit der Presse gegenübersehen und illustrierte seinen Vortrag mit einer Fülle anschaulicher praktischer Beispiele.

Dr. Ilse Elsner, Redakteurin der Zeitung "Die Welt", sprach über "Die Frau in der öffentlichen Meinungsbildung". Sie gab zunächst eine Darstellung der Entwicklung des deutschen Zeitungswesens nach dem letzten Krieg, von der lizenzierten Partaipresse bis zum Durchbruch der aus anglo-amerikanischen Vorbildern (und geschäftlich-psychologischen Erwägungen) gewachsenen Boulevardblätter und veranschaulichte durch Zahlen, welche Zeitungen heute die Ansprüche des Durchschnittslesers an besten erfüllen. (Der Auflage von 3,3 Millionen eines Massenblattes steht eine Auflage von 220 000 einer seriösen, über das gesamte Bundesgebiet verbreiteten Tageszeitung gegenüber). Dr. Elsner erklärte diese Entwicklung aus dem Bedürfnis nach "leicht verdaulicher, unanstrengender Kost", auch mit der Neigung vieler Frauen, mit Hilfe der Zeitung teil haben zu wollen am Leben

der "Großen Welt" - worunter in erster Linie das Privatleben einer gewissen Pseudo-Prominenz zu zählen sei. Die etwas fragwürdige "Unabhängigkeit" der Zeitungen schilderte die Redakteurin durch einen kurzen Aufriß ihrer Finanzierungsprobleme.

Nach einem Überblick über Inhalt und Aufbau der Tageszeitungen, wies Dr. Elsner auf die Tatsache hin, daß die Journalistin sich unter ihren männlichen Kollegen in der absoluten Minorität befindet, daß in den Redaktionen meist - wenn überhaupt - nur eine Frau arbeitet, der fast immer nur die Frauenteilagen, allenfalls noch der Themenkreis aus Schule und Erziehung zugewiesen ist.

Für die Frau als "Konsumentin" dagegen gelte verstärkt, was für den "Bedarf" des Durchschnittslesers zutrifft: Sie suche nach ihrem Arbeitstag bestenfalls entspannende Lektüre und entziehe sich weitgehend den Ansprüchen politischer oder auch geistiger Art. Das Faktum, daß ein großer Teil der Frauen heute insbesondere für die Politik unerreichtbar ist, belegte Dr. Elsner mit einem instruktiven Zahlenbeispiel. Bei den Bundestagswahlen 1957 wählten 55 Prozent der protestantischen Arbeiter die SPD, während sich nur 53 Prozent ihrer nicht im Beruf stehenden Frauen zu dem gleichen Schritt entschließen konnten. Bei den katholischen Arbeitern beträgt das Verhältnis 40 zu 31 Prozent.

Daß gerade Frauen heute einen hohen Prozentsatz des Lehrberufs stellen, stimmt in dieser Beziehung nicht optimistisch: Eine politisch abtönende Generation erziehe die nächste. Vor allem also, so schloß Dr. Elsner, müßten die Lehramts-Kandidatinnen politisch erzogen werden. Sie haben die Aufgabe, die Leserinnen von morgen zu bilden, ihr Interesse für politische Werte und Meinungen zu wecken, sie darauf vorzubereiten, einst vollgültige Staatsbürgerinnen zu werden. Hier, an der Wurzel, müsse angesetzt werden, um die Frau in Zukunft zu einem positiveren Faktor in der Bildung der öffentlichen Meinung zu machen, als sie es zur Zeit ist.

+ - +

Verantwortlich: Günter Markscheffel